politik IN KÜRZE

Keine gemeinsame Marschroute

Uneinigkeit herrscht im Lager der westlichen Verbündeten heute vor der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Auch nach einem Meinungsaustausch gestern abend zwischen Bundesaußenminister Genscher und dem amerikanischen Außenminister Haig liegt keine gemeinsame Marschroute fest, wie auf die Ereignisse in Polen reagiert werden soll. Sie verständigten sich lediglich darauf, den Konferenzverlauf dieser Woche abzuwarten. Beide gehören heute zu den ersten Rednern in Madrid. (dpa/ap)

Tote bei Razzia in Teheran

Bei einer Razzia der iranischen Polizei gegen die linksgerichteten „Volks-Mudschaheddin" sind die Frau des im Pariser Exil lebenden Führers der Gruppe, Massud Radschawi, sowie sein Stellvertreter Chilyabai und dessen Frau erschossen worden. Radschawi war im Sommer vorigen Jahres zusammen mit dem abgesetzten Präsidenten Bani Sadr nach Paris geflohen. (ap)

„Sidewinder"-Rakete geborgen

Die von einem amerikanischen Kampfflugzeug über dem Schwarzwald verlorene „Sidewinder"-Rakete ist samt ihrem 4,4 Kilogramm schweren Sprengkopf geborgen worden. Vor allem die Sicherung des Gefechtskopfes stellte die amerikanischen Sprengstoff-Experten vor Probleme. Die 2,80 Meter lange Rakete hatte sich am Montag vergangener Woche während eines Übungsfluges über dem Schwarzwald in 13 000 Meter Höhe aus ihrer Halterung gelöst und sich durch einen Hochofer zwei Meter tief in die Erde gebohrt. (dpa)

Phantom-Flugzeug abgestürzt

Eine Phantom-Maschine der Bundesluftwaffe ist gestern über Sardinien abgestürzt. Von den beiden Piloten fehlt jede Spur. Das Flugzeug gehört zum Jagdgeschwader 71 „Richthofen", das in Wittmund (Ostfriesland) stationiert ist. (dpa)

Monge siegt in Costa Rica

Die Solzialdemokraten haben in Costa Rica mit deutlicher Mehrheit die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für sich entschieden. Der 57jährige Luis Alberto Monge soll am 8. Mai sein Amt als neuer Präsident des Landes antreten, das

Wahlsieger Monge

von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht wird. An erster Stelle seines Regierungsprogramms steht die Entlastung der Devisenbilanz des Landes, das mit rund zehn Milliarden Mark im Ausland verschuldet ist. Alle Einfuhren außer Lebensmitteln, Medikamenten und Öl sollen durch neue Steuern erschwert werden. (dpa)

Nach vier Jahren verjährt

Rentenansprüche aus der Sozialversicherung verjähren innerhalb von vier Jahren. Das entschied das Bundessozialgericht in Kassel. Gleiches gilt auch für die Rückforderung von zuviel gezahlter Rente (Aktenzeichen: Bundessozialgericht 5 RJ 126/80). (ap)

Hamburger Abendblatt

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Geschäftsstellen: 2000 Hamburg 36, Dammtorstr. 1 (beim Gänsemarkt), 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 5, 2000 Bergedorf, Hamburger Str. 80, Bergedorfer Str. 154, 2000 Norderstedt, Berliner Allee 38-44, u. 2070 Ahrensburg, Rathausplatz. Telegr.: Abendblatt. Fernschreib-Nr. 0 217 001 101, für Anzeigen 0 217 001 668. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. (030) 29 91 24 75. Bonner Redaktion: Heinrich-Brüning-Straße 14. Telefon (0228) 21 58 81 u. 21 58 26. Frankfurter Redaktion: Westendstraße 8, Telefon (0611) 72 58 66. Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG. Erscheint 6mal wöchentlich werktags, einmal monatlich mit Fernsehjournal. Inlandpreise: Frei Haus monatlich 13,95 DM (einschließlich 0,85 DM Mehrwertsteuer). Selbstabholung 11,85 DM (einschließlich 0,72 DM Mehrwertsteuer). Postbezug 15,30 DM (einschließlich 0,93 DM Mehrwertsteuer). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Teilzeitraums zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Gesamtausgabe: Anzeigenpreisliste Nr. 36, „Journal": Anzeigenpreisliste Nr. 5, Wirtschaftsteilkombination: Anzeigenpreisliste Nr. 7. – Vertrieb und Abonnement: Postscheckkonto: Hamburg 32 64-204 (BLZ 200 100 20). Anzeigen: Postscheckkonto Hamburg 142 00-204 (BLZ 200 100 20), Deutsche Bank AG, Hamburg 7/03 813 (BLZ 200 700 00).

Telefon 34 71.

Schmidt und Mubarak betonen Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung

Eigener Bericht – dpa – ap

Bonn, 9. Februar

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak und Bundeskanzler Helmut Schmidt haben gestern gefordert, daß in den israelisch-ägyptischen Verhandlungen über eine palästinensische Autonomie das Recht der Palästinenser auf volle Selbstbestimmung verankert wird. Zum Abschluß des Staatsbesuchs – Mubarak flog über Wien nach Kairo zurück – betonten beide Politiker auch ihre weitgehende Übereinstimmung in weltpolitischen und Nahost-Fragen.

Mubarak sagte nach seinem Treffen mit Schmidt, er sei entschlossen, die ägyptischen Friedensbemühungen bis zum Erreichen einer Gesamtlösung des Nahost-Problems fortzuführen. Der Schlüssel dazu liege in der Palästinenserfrage: „Wir glauben, daß die Bildung einer selbstverantwortlichen Exekutive für das jordanische Westufer und Gaza in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen von Camp David ein nützlicher erster Schritt sein würde."

Bundeskanzler Schmidt, der das „bemerkenswerte Maß an Festigkeit und außenpolitischer Kontinuität" Ägyptens würdigte, erklärte, eine einvernehmliche Verhandlungslösung im arabisch-israelischen Konflikt, die einen umfassenden, dauerhaften und gerechten Frieden zum Ziele habe, setze voraus, daß alle Parteien der Region wechselseitig das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben, anerkennen.

Dies gelte auch für Israel und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Der Verhandlungsprozeß dürfe nicht dadurch erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, daß „jemand versucht, einseitige Tatsachen zu schaffen und damit Verhandlungsergebnisse vorwegzunehmen".

Er betonte, daß die in der Nahost-Erklärung von 1980 in Venedig dargelegte Position der EG sei nach wie vor richtig. Die Rolle der Europäer dürfe aber nicht überschätzt werden.

Der ägyptische Präsident erneuerte seine Bereitschaft, mit allen arabischen Staaten wieder ins Gespräch zu kommen. „Die Tore Ägyptens sind weit offen", sagte Mubarak. „Wir wollen jedoch auch niemanden in Verlegenheit bringen." Er lud Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Schmidt zu baldigen Besuchen nach Ägypten ein.

Gegenseitig bescheinigten sie sich eine „konstruktive Rolle": Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak zu Besuch bei Bundeskanzler Schmidt

Pentagon-Chef:

Kredite und Handel stärken den Osten

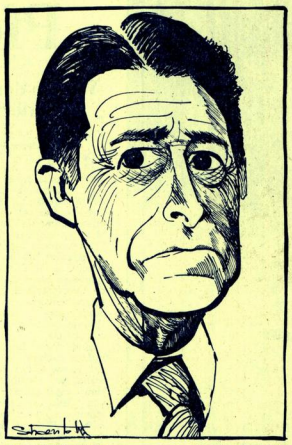
Eigener Bericht – SAD

Washington, 9. Februar

Durch Handel, Kredite und Technologietransfer trage der Westen dazu bei, die Sowjetunion als eine totalitäre Diktatur zu verewigen, erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger in seinem Jahresbericht an den US-Kongreß. Der Bericht enthält die bisher schärfste Kritik am Ost-Handel, wie er bisher betrieben wurde: „Es ist ein Zeichen unserer eigenen Blindheit in der Vergangenheit, daß Moskau dank des Handels mit dem Westen heute einen Hebel gegen den Westen hat und nicht umgekehrt."

Weinberger beklagte, daß westliche Kredite dem Kreml helfen, daß eigene Waffenarsenal zu vergrößern, es sei an der Zeit zu verhindern, da die Hilfsquellen des Westens es Moskau ermöglichen, sein Militärpotential zu erhöhen. Diese Bemerkung richtete sich auch gegen das Erdgas-Geschäft, das die Europäer mit der Sowjetunion abgeschlossen haben.

Der Bericht an den Kongreß holl dazu dienen, das Rüstungsprogramm der Reagan-Regierung zu begründen. Die US-Regierung will in den nächsten fünf Jahren rund 1,6 Billionen Dollar für die Stärkung der amerikanischen Verteidigungsmacht ausgeben.



Caspar Weinberger — Karikatur: SCHOENFELD

Weinberger meinte: „Es gibt nichts Hypothetisches über die sowjetische Militärmacht; sie stellt die größte Bedrohung der USA und der freien Welt dar." In seinem Bericht beschuldigte Weinberger die Sowjetunion, die Konvention über biologische Waffen von 1925 verletzt zu haben. Die USA besäßen genaue Kenntnisse, daß die Sowjets Giftstoffwaffen herstellten. Dieses Gift werde bei den Kriegshandlungen in Laos, Kambodscha und in Afghanistan verwendet.

Polens Universitäten sind wieder geöffnet:

Auf dem Lehrplan steht Kriegsrecht

Eigener Bericht – dpa – ap

Warschau, 9. Februar

Auch die wichtigsten polnischen Universitäten haben gestern nach mehr als zweimonatiger Pause den Lehrbetrieb wiederaufgenommen. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember vorigen Jahres waren zunächst alle Hochschulen geschlossen, einige von ihnen dann nach und nach wieder geöffnet worden. Der „Unabhängige Studentenverband" war Anfang Januar verboten worden, die Tätigkeit des sozialistischen Studentenverbandes ist weiter ausgesetzt.

Die 12 000 Studenten der Warschauer Universität hörten gestern Sondervorlesungen über die Auswirkungen des Kriegsrechts auf die Hochschulen. Sie erfuhren, daß Studenten, die sich den Vorschriften des Kriegsrechts nicht beugen, vom Studium ausgeschlossen werden können.

Inzwischen geht nach einer Meldung von Radio Warschau die Registrierung aller nach dem Kriegsrecht arbeitspflichtigen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren weiter. So seien im Kattowitzer Bergbaugebiet mehr als 3 400 Männer dienstverpflichtet worden, weitere 5 000 seien angewiesen worden, sich zur Arbeit zu melden. In Lodz unterlägen derzeit 7 000 Männer der Arbeitspflicht.

Auffallend ausführlich zitierten die polnischen Medien gestern die Predigt, die der Primas von Polen, Erzbischof Jozef Glemp, in Rom gehalten hat. Glemp hatte dort zur Ruhe aufgefordert und noch einmal eindringlich vor Blutvergießen gewarnt. Er hatte versichert, in Polen werde sich ein Platz für die Kirche, für die seit Verhängung des Kriegsrechts suspendierte Gewerkschaft „Solidarität" und für andere Gewerkschaften finden.

Ein Regierungsausschuß unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski soll bis Ende Februar Grundsätze für die künftige Gewerkschaftsarbeit ausarbeiten. In einem gestern veröffentlichten Kommuniqué über das künftige Reformprogramm für Wirtschaft und Gesellschaft heißt es, das echte, selbstverwaltete Vertretungen der Arbeiterschaft „sich harmonisch dem oberen Ziel der Konsolidierung des Staates und der sozialistischen Demokratie anpassen sollten". In Warschau wird das Kommuniqué vielfach so verstanden, daß die Gewerkschaften nach einer Wiederzulassung bestimmten Beschränkungen unterliegen werden, die durch die Danziger Vereinbarungen zwischen Regierung und „Solidarität" aufgehoben worden waren. Das Danziger Abkommen wird in den Teilen des Kommuniqués, die sich mit den Gewerkschaften befassen, nicht erwähnt.

Auch das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu" hat gestern die Möglichkeit angedeutet, daß es demnächst sogar zur Rationierung von Brot kommen könnte, wenn die Bauern ihre Getreidelieferungen an den Staat nicht erhöhten.

Portofrei nach Polen

Wie an diesem „Polenschalter" in einem Postamt in Hannover registriert die Bundespost einen „beachtlichen Ansteig" der Geschenkpakete für Polen, seit die Portofreiheit eingeführt wurde. Sie gilt bis zum 30. Juni – aber nur für Landwegpakete, die von Privatpersonen aufgegeben werden.

Foto: AP

Protest der Lehrer

Eigener Bericht – dpa

Bonn/Düsseldorf, 9. Februar

Auf heftige Kritik der Lehrerverbände sind Vorschläge des Düsseldorfer Kultusministers Jürgen Girgensohn (SPD) zur Verringerung der Lehrerarbeitslosigkeit gestoßen. Girgensohn hat seinen Plan, der eine Senkung der Pflichtstunden um eine Wochenstunde bei gleichzeitiger Kürzung der Bezüge um vier Prozent vorsieht, der Kultusministerkonferenz vorgelegt.

Die Finanzmißwirtschaft kann nicht dadurch geheilt werden, daß man jetzt eine Gruppe herausgreift, die sich gefälligst solidarisch gegenüber Nachwuchskräften im Beruf zu erweisen habe, um einen Ausweg aus der durch politische Fehlentscheidungen hervorgerufenen Beschäftigungsmisere zu finden", erklärte der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Clemens Christians, in Bonn. Auch der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Wilhelm Ebert, nannte den Girgensohn-Plan völlig verfehlt.

Hansen ausgesperrt

Eigener Bericht

hey **Bonn,** 9. Februar

Der Ende 1981 aus der SPD ausgeschlossene und seitdem fraktionslose Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen ist in zwei der wichtigsten Bonner Parlamentsgremien, dem Verteidigungsausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß, der Stuhl vor die Tür gesetzt worden.

Am Mittwoch letzter Woche wollte Hansen an einer vertraulichen Sitzung des Verteidigungsausschusses teilnehmen. Sofort nach seinem Erscheinen wurde Hansen jedoch vom Ausschußvorsitzenden Werner Marx (CDU) aus dem Saal gewiesen. Unter Berufung auf die Geschäftsordnung erklärte ihm Marx, daß die Fraktionen über die Besetzung der Ausschüsse bestimmen und ein Abgeordneter „kein fundamentales Recht" auf Mitgliedschaft hat. Morgen soll auch im Auswärtigen Ausschuß ein Nachfolger für Hansen benannt werden.

„Wer El Salvador sagt und Moskau vergißt, heuchelt"

Eigener Bericht – ap

Washington, 9. Februar

In El Salvador sind während des gesamten Jahres 1981 nach Zählung der US-Botschaft 6116 Menschen Gewalttaten zum Opfer gefallen. In der Sowjetunion müssen zur Zeit schätzungsweise vier Millionen Menschen Zwangsarbeit leisten. Diese und viele andere Angaben sind in dem jetzt veröffentlichten Menschenrechts-Bericht der US-Regierung enthalten.

In dem 1142 Seiten langen Bericht, der vom US-Außenministerium erarbeitet worden ist, wird trotz der hohen Zahl von Gewaltopfern in dem kleinen, nur 4,8 Millionen Einwohner zählenden Land El Salvador eine rückläufige Tendenz bei den Menschenrechtsverletzungen konstatiert. So seien Ende 1980 und Anfang 1981 noch monatlich 800 Menschen durch politisch motivierte Gewalttaten ums Leben gekommen. Ende des vergangenen Jahres habe die Zahl nur noch zwischen 200 bis 400 Opfern monatlich betragen.

Doch wird in dem Bericht eingeräumt, daß genaue Zahlen über die Opfer politischer Kämpfe schwer zu ermitteln seien und nicht exakt nachgeprüft werden könnten. Die von der US-Botschaft in El Salvador ermittelten Zahlen stützten sich im wesentlichen auf Presseberichte. Es wird darauf hingewiesen, daß in Angaben kirchlicher Kreise über Gewaltopfer in El Salvador fast die doppelte Anzahl getöteter Zivilisten aufgeführt werde wie in den Statistiken der US-Botschaft.

Für die Sowjetunion zählt der US-Bericht neben den vier Millionen Zwangsarbeitern noch rund 10 000 Oppositionelle auf, die sich derzeit in sowjetischen Gefängnissen, Arbeitslagern oder in der Verbannung befinden sollen. In dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Afghanistan seien „willkürliche Festnahmen in großem Umfang" an der Tagesordnung, heißt es in dem Bericht weiter.

Als Indikatoren für Menschenrechtsverletzungen werden in dem Bericht die Achtung oder Mißachtung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit sowie das Maß der bürgerlichen und politischen Freiheiten herangezogen. Der dritte, von der Carter-Administration eingeführte Indikator, das Recht auf die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse wie Nahrung, Obdach, Gesundheitsfürsorge und Erziehung, wird in dem Bericht der Reagan-Administration nicht mehr behandelt.

Bei aller Bedeutung dieses Aspekts sei die Idee der wirtschaftlichen und sozialen Rechte von „repressiven Regierungen" mißbraucht worden, die die Förderung der Menschenrechte für sich in Anspruch nähmen, ihren Bürgern jedoch die grundlegenden politischen und Bürgerrechte vorenthielten. Es sei „Heuchelei", heißt es in dem Bericht, lateinamerikanische Länder zu kritisieren und „Gleichgültigkeit gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten" an den Tag zu legen.

Plakette – kein Grund für Schulverweis

Eigener Bericht – ap

München, 9. Februar

Wegen des Tragens einer Anti-Strauß-Plakette darf ein Schüler nicht von der Schule verwiesen werden. Das hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in einer Grundsatzentscheidung festgestellt. Damit wurde der fast zweijährige Streit zwischen der inzwischen 20jährigen Regensburger Gymnasiastin Christine Schanderl und dem Freistaat Bayern beendet.

Die Schülerin war im Juli 1980 vom Gymnasium verwiesen worden, weil sie sich geweigert hatte, eine gegen den damaligen Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, gerichtete Plakette auf dem Schulgelände von ihrer Kleidung zu entfernen. Sie gewann nun den Prozeß ebenso wie die Münchner Schülerin Dagmar Henn, die wegen desselben Verstoßes gegen die „Allgemeine Schulordnung" für eine Woche nicht den Unterricht besuchen durfte.

Im März vorigen Jahres hatte bereits der Bayerische Verfassungsgerichtshof festgestellt, daß es für das Verbot politischer Plaketten in der „Allgemeinen Schulordnung" keine ausreichende gesetzliche Grundlage gibt. Doch sollte es zunächst bei dem Verbot bleiben, bis eine solche Grundlage vorliegen würde. Die Richter am Verwaltungsgerichtshof folgten diesem Urteil. Sie erklärten aber auch, daß während dieser Übergangszeit bei der Verhängung von Schulstrafen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden müsse.

Das Tragen der strittigen Plakette sei nicht von Gesetzes wegen unzulässig und gehe außerdem über eine „vergleichsweise unaufdringliche persönliche Demonstration" nicht hinaus. Eine ernsthafte Gefährdung des Schulfriedens sei nicht eingetreten. Die verfassungsrechtlich ungeklärte Lage zwinge dazu, den Grad der Pflichtverletzung in einem milderen Licht zu sehen.

Die bayerische FDP sieht in dem Urteil einen Marksteln im Kampf um die Meinungsfreiheit. Die SPD sprach von einer Niederlage für die bayerische Staatsregierung. Ihr sei vom Gericht verdeutlicht worden, daß ihr pädagogischer Freiheitsbegriff mit dem Grundrecht der Meinungsäußerung unvereinbar sei.

Das bayerische Kultusministerium kündigte an, die richterliche Entscheidung zu respektieren und die Ordnungsstrafen aufzuheben.

Anzeige

Geheimnis um „Samantha" gelüftet:

Telefonanruf bei Stoll brachte Brillantarmband im Wert von 10 000 DM

Damit hatte sie nicht gerechnet: Freudestrahlend nahm Frau Else Schmiedl, 3004 Isernhagen 4, aus der Hand der Stoll-Glücksfee Bettina Vortmann ein Brillantarmband im Wert von 10 000 DM entgegen (unser Foto). Das wertvolle Schmuckstück aus dem Internationalen Kunathandel Schloß Ricklingen hatte sie bei einer Telefonaktion gewonnen, mit der das hannoversche Pelzhaus Stoll auf seinen neuen Shop in the Shop „Samantha von Stoll" hingewiesen hatte. Weit über 20 000 Anrufer aus dem gesamten Bundesgebiet wählten die Nummer 32 68 06 und antworteten auf die Frage „Was ist Samantha?" richtig mit „Der neue Exclusiv-Shop von Stoll in Hannover". Das Geheimnis ist gelüftet. Ein weiterer Beweis dafür, daß es sich bereits herumgesprochen hat, was „Samantha von Stoll" bedeutet.

Der exclusive „Shop in the Shop" wendet sich vor allem an modebewußte Frauen. Ihnen werden Modelle der internationalen Pelzcouture zu Preisen präsentiert, die die Erfüllung vieler Wünsche möglich machen. Dazu all die liebenswerten Accessoires und die so hochaktuellen zauberhaften Schultertücher aus Persianer, Nerz oder auch aus wundervoll weichem, handbesticktem Cashmere in herrlichen Farben. Jedes von ihnen ist ein Unikat. Der Clou: Dazu gibt es in den Farben passende extravagante Kopfbedeckungen. Modebewußte Frauen folgen den Trends der neuen Mode gern und schnell. Deshalb ist es für sie wichtig, sich fachkundig über die aktuellen Entwicklungen informieren zu lassen, die neuen Silhouetten kennenzulernen und selbst einmal ausprobieren zu können, wie die aktuelle Linie der eigenen Figur schmeichelt.

In „Samantha von Stoll" ist das alles möglich. Der vorwiegend in weiß im Stil des Art Déco gehaltene „Shop in the Shop" bietet die richtige Umgebung für eine anregende Reise in das Land der Mode, wobei die Stationen Paris, Rom und New York heißen. „Samantha von Stoll" wartet nämlich mit den Creationen der berühmtesten Couturiers der Welt auf: Yves Saint Laurent, Fendi, Cloe, Karl Lagerfeld, Emanuel Ungaro, Ted Lapidus, Christian Dior, Guy Laroche und Nina Ricci — Namen, die das Herz einer jeden Frau höher schlagen lassen. Ihre extravaganten Créationen sind längst nicht so teuer, wie mancher glauben möchte. Der Geheimtip für extravagante und tragbare Pelzmode heißt deshalb „Samantha von Stoll", ein Tip, der sich schon für manche Frau gelohnt hat. Gibt es doch auch bei „Samantha von Stoll" immer wieder interessante Gelegenheiten aus den Kollektionen der berühmtesten Couturiers der Welt.

Übrigens: „Samantha" kommt aus dem Indischen und bedeutet „Die Führende". Eine treffendere Bezeichnung für diesen exclusiven

Shop könnte es gar nicht geben. Wie sagten doch die alten Lateiner: Nomen est omen!